

Toni Moser
Wiligermätteli 7
6463 Bürglen
Tel: 041 871 03 47
Fax: 041 871 04 50
moser.toni@bluewin.ch

Parlamentarische Empfehlung

Lehren aus der Finanzkrise ziehen

Sehr geehrte Frau Präsidentin

Meine Damen und Herren

68 Mia. Franken müssen der Bund und die Nationalbank zur Rettung einer grossen Schweizer Bank aufbringen, die durch ein hochriskantes Geschäftgebaren in arge Schieflage geraten ist. Das Engagement der öffentlichen Hand wird Auswirkungen auf die Finanzhaushalte von Bund und Kantonen haben.

Gestützt auf Artikel 83a der Geschäftsordnung des Landrates ersuchen die unterzeichneten Landräte den Regierungsrat des Kantons Uri, dass er sich mit allen Mitteln dafür einsetzt, dass aus der aktuellen Finanzkrise Lehren gezogen werden:

- Banken und andere Finanzinstitute müssen einer stärkeren Aufsicht und Regulierung bezüglich ihrer Eigenmittel und Umgang mit Risiken unterstellt werden.
- Die Finanzmarktaufsicht muss verbessert und verstärkt werden.
- Die exzessiven Salär- und Bonuszahlungen müssen korrigiert werden.

Der Regierungsrat kann bei diesen Anliegen Einfluss nehmen

- als Mitglied der Finanzdirektorenkonferenz,
- in Aktiengesellschaften, in denen der Regierungsrat Einsitz hat,
- bei der Wahrnehmung der Aktionärsrechte der Staatlichen Versicherungskasse anlässlich von Generalversammlungen der Finanzinstitute und anderer grosser Aktiengesellschaften.

Toni Moser, Bürglen
Erstunterzeichner

Dimitri Moretti, Erstfeld
Zweitunterzeichner

Begründung:

Wenn die öffentliche Hand - der Bund mit 6 Mia, die SNB mit 62 Mia Franken – die UBS kräftig unterstützen muss, so hat dies auch Auswirkungen auf den Kanton Uri. Der Kanton ist Aktionär der Nationalbank und an den Gewinnausschüttungen beteiligt. Wenn die Nationalbank einen Teil der übernommenen Risikopapiere abschreiben muss, wird dies die Gewinnausschüttung an den Kanton vermindern und den Finanzhaushalt des Kantons belasten. Im Klartext: Die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass auch der Kanton Uri für die Fehler der Grossbank UBS gerade stehen muss. Es ist deshalb dringend geboten, dass auch der Kanton Uri aktiv wird, damit sich dieses Desaster nicht mehr wiederholt. Dazu bedarf es einer besser ausgebauten und unabhängigeren Finanzmarktaufsicht sowie einer grösseren Eigenkapitalbasis der Finanzinstitute. Zudem müssen die volkswirtschaftlich schädlichen Entschädigungssysteme der Führungsinstanzen der grössten Schweizer Aktiengesellschaften endlich geändert werden.

Auch als kleiner Kanton kann sich Uri hier wirkungsvoll engagieren. Als Mitglied der Finanzdirektorenkonferenz kann der Regierungsrat auf die Reglementierung des Finanzsektors und die Ausgestaltung der Finanzmarktaufsicht Einfluss nehmen. Zudem führt Uri eine Staatliche Versicherungskasse, in deren Portfeuille sich auch Titel grosser Schweizer Aktiengesellschaften befinden dürften. Über die konkrete Ausübung der Aktionärsrechte der Staatlichen Versicherungskasse an den Generalversammlungen der grossen Unternehmungen kann sich der Kanton für sinnvollere Entlohnungssysteme der obersten Führungsinstanzen dieser Unternehmen einsetzen, beispielsweise durch die Unterstützung der Anlagestiftung „Ethos“, die an den kommenden Aktionärsversammlungen verschiedener Schweizer Grossunternehmen Anträge zu den Vergütungssystemen und Managerlöhnen stellen wird. Bereits haben mehrere Pensionskassen der öffentlichen Hand angekündigt, diese Anträge zu unterstützen.

Der amerikanische Ökonom John Kenneth Galbraith hielt 1990 in seinem Buch über die Geschichte der Finanzmarkteuphorien fest, dass sich die Finanzmärkte durch ein extrem kurzes Gedächtnis auszeichnen. Es ist damit Sache der Politik hier Gegensteuer zu geben und mit etwas langlebigerem Gedächtnis die richtigen und wichtigen Korrekturen anzubringen.

Der Zweitunterzeichner und ich danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit